



**Niederschrift
zur 5. Sitzung
des Rates
am 23.02.2010
um 17:00 Uhr im Ratssaal**

Tagesordnung

I. Öffentlich

- | | |
|----|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift 15.12.2009
Eingaben an den Rat |
| 3 | 05 - 15 0108/2010 Beseitigungsantrag |
| 4 | 05 - 15 0109/2010 Ausbau des Nollenburger Weges im Jahre 2012 |
| 5 | 05 - 15 0125/2010 Straßenausbau des Nollenburger Weges;
hier: Anwohnerprotest |
| 6 | 05 - 15 0123/2010 Betuwe-Linie |
| 7 | 05 - 15 0131/2010 Bepflanzung der Emmericher Innenstadt
Vorlagen |
| 8 | 05 - 15 0133/2010 Umgestaltung Rheinpark |
| 9 | 04 - 15 0103/2010 Schulsozialarbeit in den Grundschulen der Stadt Emmerich am Rhein |
| 10 | 02 - 15
0107/2010/1 Überörtliche Prüfung der Stadt Emmerich am Rhein für die Jahre 2004-2007 |
| 11 | 02 - 15
0119/2010/1 Haushaltssatzung 2010;
hier: Beschlussfassung |
| 12 | 06 - 15 0100/2010 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen
„11. Emmericher Autoshow/Frühlings- und Ostermarkt“ am 28.03.2010
„Stadtfest mit 8. Emmericher Musiknacht“ am 05.09.2010
„Herbstmarkt“ am 31.10.2010
„verkaufsoffener Adventssonntag“ am 12.12.2010 |

Anträge an den Rat

- 13 04 - 15 0117/2010 Prüfauftrag
- 14 06 - 15 0132/2010 Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit (SOS)
14. 03 - 15 0138/2010 Antrag auf Verkauf des Grundstücks Altes Landhaus
1
14. 04 - 15 0137/2010 Luitgardis-Hauptschule
2
14. 05 - 15 0136/2010 Sachstand Betuwe
3
- 15 Mitteilungen und Anfragen
- 16 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Johannes Diks

Die Mitglieder

Herr Gerd-Wilhelm Bartels
 Herr Christian Beckschaefer
 Frau Sandra Bongers
 Frau Elisabeth Braun
 Herr Johannes Brink ten
 Herr Manfred Brockmann
 Herr Botho Brouwer
 Herr Markus Herbert Elbers
 Herr Gerhard Gertsen
 Herr Hans-Jürgen Gorgs
 Frau Karin Heering
 Herr Peter Hinze
 Frau Gabriele Hövelmann
 Herr Albert Jansen
 Herr Udo Jessner
 Herr Christoph Kukulies
 Frau Irmgard Kulka
 Frau Marianne Lorenz
 Herr Jan-Ruben Ludwig
 Herr Thomas Meschpowitz
 Herr Manfred Mölder
 Herr Bernd Nellissen
 Frau Birgit Offergeld
 Herr Kurt Reintjes

Herr Wilhelm Roebrock
 Frau Ute Sickelmann
 Frau Sabine Siebers
 Frau Birgit Slood
 Herr Werner Spiegelhoff
 Herr Andre Spiertz
 Herr Udo Tepas
 Frau Elke Trüpschuch
 Herr Herbert Ulrich
 Herr Wolfgang Urbach
 Frau Sigrid Weicht

Entschuldigt fehlen:

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.00 Uhr. Er berüßt die anwesenden Damen und Herren des Rates, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die zahlreich erschienenen Einwohner.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

1. Kompromissvorschlag der Verwaltung;
hier: Anfrage von Herrn Helmich

Herr Helmich bezieht sich auf die letzte Sitzung des Rates und den von Mitglied Gertsen gemachten Vorschlag, einen Kompromissvorschlag ohne Vorgabe zu erarbeiten. Er fragt Herrn Gertsen, ob auch er den Eindruck habe, dass der von der Verwaltung vorgelegte Kompromissvorschlag heute hier als Beschlussvorschlag vorliegt.

Mitglied Gertsen antwortet auf die Frage von Herrn Helmich, dass die Verwaltung den gemeinsamen Termin vorbereitet hat. In dem Gespräch wurde nach einem gemeinsamen Kompromiss gesucht; er hatte auch den Eindruck, dass alle Beteiligten mit dem Ergebnis einverstanden waren.

2. Dank an Aktion Bündnis Bäume für Emmerich;
hier: Anfrage von Frau Husung

Mitglied Husung fragt, ob es gestattet ist, dass sie sich für den Einsatz des Bündnisses bedankt.

3. Beseitigungsantrag (TOP 3 der heutigen Sitzung);
hier: Anfrage von Herrn Roßmüller

Herr Roßmüller bezieht sich bei seinen ausführlichem Statement auf seine Eingabe, die als Tagesordnungspunkt 3 behandelt wird.

Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass der Punkt 3 gleich behandelt wird.

4. Aktionsfeld im Rheinpark;
hier: Anfrage einer Bürgerin

Eine Emmericher Bürgerin fragt nach, was auf der Aktionsfläche im Rheinpark im Winterhalbjahr stattfinden soll?

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt hierzu mit, dass die Verwaltung davon ausgeht, dass die Jugendliche, die sich dieses Feld ausschließlich gewünscht habe, dort im Winter aktiv sind (Fußballspielen oder ähnl.).

5. Rheinpark;
hier: Anfrage eines Bürgers

Ein Emmericher Bürger nimmt Stellung zu der Umgestaltung des Rheinparks.

Der Vorsitzende macht die Einwohner darauf aufmerksam, dass in der Einwohnerfragestunde Fragen an den Rat oder die Verwaltung gestellt werden können. Stellungnahmen zu einzelnen Themen sind nicht erlaubt.

6. Fußballplätze;
hier: Anfrage von Frau Gabriel

Frau Gabriel fragt nach, wie viele Fußballplätze es in Emmerich gibt. Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass im Rheinpark kein Fußballplatz, sondern ein Soccerplatz errichtet werden soll.

2. Feststellung der Sitzungsniederschrift 15.12.2009

Der Vorsitzende teilt mit, dass in der Niederschrift unter Tagesordnungspunkt

18 05-25 0070/2009 E 1 Umgestaltung des Rheinparks

auf Seite 11 der Satz 'Somit ist der Antrg von Mitglied Sickelmann abelehnt' gestrichen werden muss.

Auf Wunsch von Mitglied Sickelmann wird der Satz:

'Somit wird dem Antrag von Mitglied Sickelmann entsprochen.'
eingefügt.

Weitere Einwände liegen gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegten Niederschrift nicht vor. Sie wird vom Vorsitzenden und der Schriftführerin unterzeichnet.

Eingaben an den Rat

3. Beseitigungsantrag Vorlage: 05 - 15 0108/2010

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen.

Mitglied Sickelmann erklärt hierzu, dass sie den Vorgang nicht kennt und keine Beurteilung hierzu abgeben kann. Aus diesem Grunde enthält sie sich.

Mitglied Beckschaefer bezieht sich auf den Vorgang von Herrn Roßmüller aus der Vergangenheit, der ihm bekannt ist. Die Verfügungen, wie von Herrn Roßmüller vorgetragen aus dem Jahre 2009, sind ihm unbekannt. Er bittet die Verwaltung hier entsprechend vorzutragen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs erläutert, dass die Verwaltung die Angelegenheit van Holt/Roßmüller seit längerer Zeit bearbeitet. Die Verwaltung hat zu den Anträgen von Herrn Roßmüller Stellung genommen und diese wurden auch an andere Behörden wie Kreis Kleve, Petitionsausschuss des Landes, Bezirksregierung etc. weitergeleitet. Alle Behörden sind zu dem gleichen Ergebnis gekommen wie die Stadt Emmerich. Die Verwaltung ist im Sinne einer bauordnungs- oder planungsrechtlichen Prüfung nicht mehr in der Lage, etwas für Herrn Roßmüller zu tun. Dieses wurde Herrn Roßmüller auch schon des Öfteren deutlich gemacht. Die Frage von Mitglied Beckschaefer, welche Mitteilung vom Petitionsausschuss in dieser Angelegenheit vorliegt, wird der Niederschrift beigelegt.

Die Mitglieder des Rates erklären sich mit der Stellungnahme einverstanden.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis

Begründung:

Herr Nikolaus Roßmüller ist seit dem Jahr 2007 regelmäßig bei verschiedenen Mitarbeitern der Stadtverwaltung Emmerich am Rhein vorstellig geworden. Darüber hinaus erstellte er diverse Anschreiben, Eingaben und Anträge an verschiedene Behörden und Gremien, so unter anderem an den Kreis Kleve oder auch den Petitionsausschuss des Landes Nordrhein-Westfalen. Sämtliche Anfragen und Eingaben betrafen die bauplanungs- und ordnungsrechtliche Situation des Grundstückes Gemarkung Emmerich, Flur 9, Flurstück 331.

Ebenso verfasste Herr Roßmüller bereits im Jahre 2007 eine Eingabe an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein, welche dieser in seiner Sitzung vom 27.03.2007 an den Ausschuss für Stadtentwicklung verwies. Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschloss in seiner Sitzung am 15.05.2007, eine Ortsbesichtigung durchzuführen, welche am 14.08.2007 stattfand. In der anschließenden Sitzung befand der Ausschuss, dass der vorhandene Zustand keinerlei Änderung bedarf.

Bestätigung fand dieser Beschluss auch in den Ergebnissen der mehrfachen Prüfung dieses Sachverhaltes durch verschiedene Fachbereiche der Kreisverwaltung Kleve sowie des Petitionsausschusses.

Neue Tatsachen wurden seitens Herrn Roßmüller bislang nicht vorgetragen. Die seinerseits erwähnten Arbeiten am Dach des auf dem betreffenden Grundstück stehenden Gebäudes sind nicht genehmigungspflichtige Ausbesserungsarbeiten im Rahmen einer ordnungsgemäßen Instandhaltung des Gebäudes. Die Arbeiten sind im Rahmen des laufenden Verwaltungsgeschäfts auch kontrolliert worden.

Eine erneute Verweisung der Angelegenheit an den Ausschuss für Stadtentwicklung als Fachausschuss ist infolge des vorstehenden Sachverhaltes ebenfalls nicht erforderlich.

4. Ausbau des Nollenburger Weges im Jahre 2012 Vorlage: 05 - 15 0109/2010

Mitglied Sickelmann bittet die Verwaltung mit den Fraktionen und den Anwohnern des Nollenburger Weges ein Gespräch zu führen, um eine Lösung für die Anwohner zu finden. Auch sollten die Bürger über das Bewertungsverfahren zum NKF unterrichtet werden. Sie stellt den Antrag, so zu beschließen.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass der Ausbau erst für das Jahr 2012 geplant ist und die Verwaltung, falls erforderlich, ein Gespräch mit den Anwohnern führen wird. Die Stellungnahme der Verwaltung ist allerdings ganz klar in der Vorlage wiedergegeben.

Mitglied ten Brink schlägt vor, dass die Bürger nach dem Förderbescheid unterrichtet werden, welche Kosten auf sie zukommen.

Mitglied Spiertz macht darauf aufmerksam, dass der Petent der Eingabe die Auffassung vertritt, dass der Kanalausbau erst in Angriff genommen werden sollte, wenn über die Verwendung des Kasengeländes entschieden worden ist. Gegen den Ausbau des Nollenburger Weges bestehen von Seiten des Petenten keine Bedenken. Er kann den Vorschlag von Mitglied ten Brink unterstützen.

Mitglied Kukulies stellt den Antrag, gemäß Beschlussvorschlag, mit der Ergänzung von Mitglied ten Brink, zu beschließen.

Mitglied Sickelmann stellt den Antrag den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: 'Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt den Protest der Anwohner zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung nach erfolgtem Förderbescheid eine Bürgerunterrichtung durchzuführen.'

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage, mit der Ergänzung von Mitglied ten Brink, abstimmen.

Über die Eingabe ist vorab in der Sitzung des ASE am 26.01.2010 zum Ausbau des Nollenburger Weges, Vorlage 05 – 15 0084/2009, beraten worden.

Im Rahmen der Straßenbewertung zum NKF ist der Nollenburger Weg mit einer 5 bewertet worden. Dies betrifft nicht nur die Nebenanlagen, sondern ebenfalls die Fahrbahn.

Eine Note 5 liegt hier vor, da der Unterbau der Straße aufgrund der stetig wachsenden Belastungen der Straßen, durch Erhöhung der Verkehrszahlen sowie größerer und schwererer Fahrzeuge, nicht mehr tragfähig ist. Die Straße wurde in den Jahren 1965/66 ausgebaut, ist nunmehr 45 Jahre alt und weist trotz diverser Splittmaßnahmen stets wieder Längs- und Querrisse auf. Dies deutet auf Schäden im Untergrund hin, die durch oberflächige Kosmetik nicht zu beheben sind.

Beschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Niederschrift der durchgeführten Bürgerunterrichtung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahme nach positivem Förderbescheid durchzuführen.

Ergänzend beauftragt der Rat die Verwaltung, die Bürger nach Eingang des positiven Förderbescheides darüber zu informieren, welche Kosten auf sie zukommen.

Beratungsergebnis: 32 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Somit entfällt eine Abstimmung über den Antrag von Mitglied Sickelmann.

5. Straßenausbau des Nollenburger Weges; hier: Anwohnerprotest Vorlage: 05 - 15 0125/2010

Eine Beratung zu diesem Punkt entfällt aufgrund der Diskussion zu Tagesordnungspunkt 4.

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Über die Eingabe ist sinngemäß in der Sitzung des ASE am 26.01.2010 zum Ausbau des Nollenburger Weges, Vorlage 05 – 15 0084/2009, beraten worden. Der Eingabeführer hat seine Standpunkte im Rahmen der Einwohnerfragestunde nochmals dargelegt. Mit der Vorlage (Anlage 4) wurde eine ähnlich formulierte Eingabe des Herrn Armin Kammans, Nollenburger Weg 20 vom 21.12.2009 mit behandelt; insofern gilt die in der Vorlagebegründung dort enthaltene Stellungnahme der Verwaltung hierzu entsprechend.

Auch unter dem Eindruck beider Eingaben hat der ASE der Verwaltung den Auftrag erteilt, die Maßnahme nach positivem Förderbescheid durchzuführen.

Ergänzend beauftragt der Rat die Verwaltung, die Bürger nach Eingang des positiven Förderbescheides darüber zu informieren, welche Kosten auf sie zukommen.

6. Betuwe-Linie
Vorlage: 05 - 15 0123/2010

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 1.

In der angesprochenen Veranstaltung haben die Politiker Hendricks und Pofalla zugesagt, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Betouweroute als ‚Hafenhinterlandverbindung‘ eingestuft wird, wofür dann - dem Vernehmen nach – separate Finanzierungsmöglichkeiten des Bundes vorstellbar wären, während der Abgeordnete Friedhoff eher für eine Gesetzesänderung votierte.

Die ‚Arbeitsgemeinschaft Betuwe‘, als Organ der Kommunen und Bürgerinitiativen, hat es sich u.a. zur Aufgabe gemacht, die genannten Politiker nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen und von Zeit zu Zeit zu prüfen, was sie diesbzgl. unternommen haben. Die Forderung ‚0 Cent für die Betuwe‘ gehört mittlerweile zu ihren Hauptforderungen.

Die finanziellen Belastungen, die bei der Beseitigung der Bahnübergänge möglicherweise auf die Stadt zukommen, sind der Anlage 4 zur Vorlage ‚BÜ-Konzept‘ der öffentlichen Ratssitzung vom 03.02.2009 zu entnehmen.

zu 2. + 4.

Wie aus Antwort 1 zu entnehmen, gibt es bislang keine Zusage zur Kostenentlastung, die über die Kofinanzierungs-Modalitäten hinausgeht. Mit weitergehenden Finanzierungszusagen von Bund oder Land über den bisherigen gesetzlichen Rahmen hinaus, ist nach derzeitigem Erkenntnisstand kaum zu rechnen.

Die Deutsche Bahn wird die Planfeststellungsverfahren zur Blockverdichtung und auch zur Anlage des 3. Gleises betreiben, ohne dass für die Kommunen an der Strecke eine Finanzierungssicherheit gegeben sein wird. Dies zum Gegenstand politischer Forderungen zu machen, so wie es der Rat der Stadt Emmerich am Rhein in seiner Resolution vom 09.12.2008 und die AG-Betuwe mit ihrem Forderungskatalog vom 05.02.2010 gemacht haben, ist angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen ein richtiger Schritt.

Die Kommunen haben keinen Einfluss auf die Eröffnung der Planfeststellungsverfahren, da sie nicht Träger des Verfahrens sind.

zu 3.

Der Rat der Stadt Emmerich legt Wert darauf, das Bahnübergangs-Beseitigungskonzept als Ganzes umzusetzen und sich nicht auf Verhandlungen über einzelne BÜ's einzulassen. In den angesprochenen Dissensfällen votiert die DB-AG teils für eine ersatzlose Streichung eines Bahnübergangs, zum Teil entwickelt sie auch andere Querungslösungen. Das Empfehlungsgremium, bestehend aus Bund, Land und Eisenbahnbundesamt, folgte bislang überwiegend den Lösungsvorschlägen der Bahn. Jedoch unabhängig davon, ob sich die DB-AG oder

die Stadt Emmerich am Rhein mit ihren Vorstellungen zum Ersatz der höhengleichen Querungen durchsetzen wird, ist die verbleibende Kostenlast der Kommunen aus eigenen Haushaltsmitteln nicht allein zu finanzieren.

zu 5.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein sowie die übrigen betroffenen Kommunen entlang der Ausbaustrecke haben sich klar zum Bau eines dritten Gleises in Parallelanlage zur bestehenden Trasse bekannt und die A-3 nahe Lösung verworfen. Insofern wird auf den Beschluss des Rates der Stadt Emmerich am Rhein vom 03.02. 2009 zum BÜ-Konzept verwiesen.

Der Rat nimmt die Antworten der Verwaltung, auf die von der BISS gestellten Fragen, zur Kenntnis

7. Bepflanzung der Emmericher Innenstadt
Vorlage: 05 - 15 0131/2010

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Haushalt 2010 sieht eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses an die Kommunalbetriebe Emmerich (KBE) für weitere Grünpflegemaßnahmen im Bestand, in Höhe von insgesamt 45.000 Euro, vor.
Es wird geprüft, ob und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen die vorliegende Anregung im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets umzusetzen sein wird.
Verwaltungsseitig wird eine Verweisung an den Betriebsausschuss KBE empfohlen.

Vorlagen

8. Umgestaltung Rheinpark
Vorlage: 05 - 15 0133/2010

Der Vorsitzende erläutert kurz den Beschlussvorschlag der Verwaltung und bezieht sich auf am 19.02.2010 mit Vertretern des Bürgerbegehrens, der Politik und der Verwaltung geführte Konsensgespräch. Es wurde der Vorschlag erarbeitet, nicht wie in der Sitzung des Rates am 15.12.2009 beschlossen 50 sondern nur 30 Bäume (einschl. 9 kranker Bäume) zu fällen. Zusätzlich werden im Park acht neue Bäume sowie darüber hinaus 22 weitere Bäume außerhalb des Parks gepflanzt. Der Vorsitzende hatte den am Abend des 19.02.2010 Eindruck, dass diese Lösung auf die Zustimmung der Anwesenden Vertreter der Fraktionen gestoßen ist. Herr Helmich hat sich als Vertreter des Bündnisses Bäume für Emmerich sehr für den Erhalt der Bäume eingesetzt; Herr Muradian als weiterer Vertreter des Bürgerbegehrens hat sich klar gegen die Errichtung eines Soccerplatzes im Rheinpark ausgesprochen. Diese Intention war dem Text des Bürgerbegehrens nicht zu entnehmen.

Am heutigen Tag hat die Verwaltung aus der Presse sowie aus E-Mails erfahren, dass das „Bündnis Bäume für Emmerich“ mit der am 19.02.2010 vorgestellten Kompromisslösung nicht einverstanden ist.

Er führt weiter aus, dass seitens der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens eine Klage mit entsprechendem Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz auf den Weg gebracht wurde und das Gericht zu entscheiden hat, ob das Bürgerbegehren zulässig ist oder nicht.

Mitglied Sickelmann beantragt für Herrn Helmich das Rederecht innerhalb dieses Tagesordnungspunktes.

Der Vorsitzende bezieht sich auf seine bereits in der Sitzung des Rates vom 17.02.2010 gemachten Ausführungen. Ein Rederecht ist den Vertretern des Bürgerbegehrens, nur in den Fällen einzuräumen, in denen die Sachbehandlung eines für zulässig erklärten Bürgerbegehrens stattfindet.

Ein darüber hinausgehendes Rederecht sieht die Gemeindeordnung nicht vor. Gesetzestext und Kommentierungen belegen, dass eine Beteiligung Dritter an Ratssitzungen, die über das Zuhören hinausgeht, nur in Fragestunden zulässig ist.

Mitglied Sickelmann stellt die Aussage der Gemeindeordnung nicht in Frage. Ihrer Meinung sollte Herrn Helmich trotzdem ein Rederecht einräumt werden.

Mitglied Beckschaefer schlägt aufgrund der Tatsache, dass die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes abgewartet werden muss, bevor die Verwaltung tätig wird, vor, heute den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass beim Verwaltungsgericht ein Klageantrag eines Düsseldorfer Anwaltes vorliegt, der die Vertreter des Bürgerbegehrens im Hinblick der Verpflichtung des Stadtrates auf die Zulässigkeitsentscheidung des Bürgerbegehrens vertritt.

Weiterhin liegt ein Antrag (§ 123 VwGO) auf Gewährung eines einstweiligen Rechtsschutzes vor.

Dieses ist der die Stadt vertretenden Anwaltskanzlei, seitens des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (erste Kammer) übermittelt worden. Darüber hinaus gibt es keine inhaltlichen Aussagen des Verwaltungsgerichtes.

Er zitiert auf Wunsch von Mitglied Beckschaefer aus dem Schreiben des Verwaltungsgerichtes an die Anwaltskanzlei :

„Sehr geehrte Herren, anliegende, bei Gericht am 22.02.2010 eingegangene Klage

ge und der Antrag auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes werden zur schriftlichen Stellungnahme bis zum 24.02.2010, 11.00 Uhr zugestellt. Um Vorlage der mit Blattzahlen versehenen Verwaltungsakten wird gebeten. Es wird gebeten, bis zur gerichtlichen Entscheidung über den Antrag, auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes, nicht mit Fällarbeiten im Rheinpark zu beginnen oder vorher das Gericht zu benachrichtigen. Alle Schriftsätze sind dreifach einzureichen.“

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt ergänzend dazu mit, dass hier keine gerichtliche Entscheidung getroffen wurde.

Das, was vom Verwaltungsgericht im Sinne des Baumfällens angeregt wurde, ist für die Verwaltung selbstverständlich, da alles andere treuwidriges Verhalten gegenüber den Rechtsschutzsuchenden wäre.

Der Vorsitzende verdeutlicht nochmals, dass, wenn das Gericht entscheidet, dass das Bürgerbegehren unzulässig ist, der heute zu fassende Beschluss greift.

Die Mitglieder Nellissen und Sickelmann stellen den Antrag, die Sitzung kurz zu unterbrechen, damit Herrn Helmich ein Rederecht eingeräumt wird.

Mitglied Gertsen teilt mit, dass er über die E-Mail von Herrn Helmich sehr erstaunt war. Er hatte am Freitag den Eindruck, dass die Verantwortlichen des Bürgerbegehrens sowie die Vertreter von Politik und Verwaltung mit dem ausgearbeiteten Vorschlag einverstanden waren, auch wenn BGE und FDP signalisierten, zwar mit der Planung einverstanden zu sein, die Gesamtmaßnahme jedoch aufgrund der Kosten ablehnen.

Somit kann er die heutige Aussage von Herrn Helmich, die Zahl der Bäume erheblich nach unten zu korrigieren, nicht verstehen.

Seine Fraktion steht hinter dem am Freitag erarbeiteten Vorschlag. Er stellt den Antrag, die heute im Beschlussvorschlag stehenden acht Punkte in Anlehnung des Ratsbeschlusses vom 15.12.2009 zu sehen und so zu beschließen.

Mitglied Beckschaefer bezieht sich auf das Gespräch vom 19.02.2010 und verweist darauf, dass Herr Helmich am Freitag die Aussage getroffen hat, die zu fallenden Bäume, mit Vertretern des Bündnisses, noch einmal zu begutachten. Die Verwaltung hat Herrn Helmich einen aktuellen Baumplan zur Verfügung gestellt. Am Montag hat dieses dann stattgefunden. Das durch Herrn Helmich vor der Sitzung an die Mitglieder des Rates verteilte Schreiben ist das Ergebnis der Begehung.

Auch Mitglied Diekman hatte nach dem Gespräch am Freitag den Eindruck, dass man sich weitestgehend geeinigt hätte. Auch er zeigt seine Verwunderung darüber, dass das Bündnis einen neuen Kompromissvorschlag vorgelegt hat.

Er schließt sich den Antrag der CDU-Ratsfraktion an.

Mitglied Spiertz macht aufgrund der Aussage vom Ersten Beigeordneten Dr. Wachs den Vorschlag, da das Verwaltungsgericht im Sinne des einstweiligen Rechtsschutzes wahrscheinlich in dieser Woche eine Entscheidung trifft, diese abzuwarten, um dann in einer erneut stattfindenden Sitzung des Rates in der nächsten Woche einen Beschluss zu fassen. Er stellt den entsprechenden Antrag.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs verdeutlicht noch einmal, dass gewisse Fristen einzuhalten sind. Die Untere Landschaftsbehörde hat der Verwaltung mitgeteilt, dass sich das Naturlandschaftsgesetz zum 1. März ändert; es gebe hier auch keine Ausnahmeregelung.

Somit müssten die abschließenden Fragen bis einschließlich Freitag geklärt werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs schlägt vor, heute den vorliegenden Beschluss, der mit den Vertretern des Bürgerbegehrens, der Politik und der Verwaltung erarbeitet wurde, zu fassen.

Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf wird selbstverständlich abgewartet.

Die Verwaltung hat dem Gericht dargelegt, dass Mittel aus dem Konjunkturpaket II befristet zur Verfügung stehen und das Naturlandschaftsgesetz beachtet werden muss.

Der Beschluss greift nur dann, wenn es keine negative Aussage des Gerichtes gibt.

Mitglied Meschkapowitz unterstützt den Antrag der Mitglieder Sickelmann und Nellissen auf Sitzungsunterbrechung, um Herrn Helmich die Möglichkeit zu geben, den vom Aktionsbündnis vorgelegten Kompromissvorschlag zu erläutern. Er bittet den Vorsitzenden, hierüber abstimmen zu lassen.

Der Vorsitzende teilt hierauf mit, dass er dem Antrag von Mitglied Meschkapowitz, die Sitzung, gemäß § 15 Abs. 8 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Emmerich am Rhein, für 15 Minuten zu unterbrechen, nach Abarbeitung der vorliegenden Wortmeldungen stattgibt.

Die Verwaltung bestätigt die Frage von Mitglied Kukulies, dass, bei dem von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag, der Finanzierung sowie der gesamten Gestaltung zugestimmt wird.

Daraufhin erklärt Mitglied Kukulies, dass seine Fraktion mit der Finanzierung sowie einigen Gestaltungspunkten nicht einverstanden ist und somit dem heute vorgelegten Beschlussvorschlag nicht zustimmen kann.

Mitglied Siebers bezieht sich auf das am Freitag erfolgte Gespräch. In diesem Gespräch und den vorgelegten Plänen war ihrer Meinung nach nicht deutlich zu erkennen, welche Bäume gefällt und welche erhalten werden sollen. Aus diesem Grunde hat am Montag eine Begehung des Parks stattgefunden und das Aktionsbündnis ist zu einem anderen Ergebnis gekommen. Dieses Ergebnis wurde heute von Vertretern des Bündnisses vorgelegt.

Sie unterstützt den Antrag auf Sitzungsunterbrechung, um Herrn Helmich die Möglichkeit zu geben, hierzu Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung von 18.15 Uhr bis 18.30 Uhr.

Nach der Sitzungsunterbrechung erteilt der Vorsitzende Mitglied Sickelmann das Wort.

Mitglied Sickelmann gibt nachfolgende Stellungnahme ab: „In der Auseinandersetzung, die wir jetzt in mehreren Sternstunden der Bürgernähe erlebt haben, denke ich, ist ein Konflikt nicht deutlich geworden und zwar der, dass das Parkband den Park in zwei Hälften teilt. Das ist, glaube ich, nicht ganz klar. Das ist das Eigentliche, warum die Bürger sich gegen diese Planung wehren. Ich möchte noch einmal die SPD-Arbeitsgruppe zitieren, die da sagt - die Bürger möchten ihren Park behalten, so wie er ist -. Das war ja auch Ihr Ergebnis. Was jetzt gemacht wird, ist ein komplettes Ummodellieren. Die alten Wege, die Wegeführung, die Ordnung des Parks wird aufgehoben. Für mich städtebaulich zu Gunsten eines unsäglichen Entwurfs, so möchte ich das ausdrücken. Das die Bäume auf dem Parkband erhalten bleiben sollen, das ist die Forderung, um den Park nicht in zwei Hälften zu fallen zu lassen. Ich habe hier in zwanzig Jahren viele Male dokumentiert, was Baumschutz in Emmerich heißt. Ich habe es hier auch noch einmal gesagt, dass Bäume, trotz der Ausschreibung der DIN A 18920, auch die

habe ich oft genug genannt, nicht erhalten werden, sondern beschädigt wurden. Das ist hinter dem Engel passiert, das ist an der evangelischen Kirche passiert und das jüngste Beispiel können Sie gerade bei ehemals Nova-Möbel sehen.

Das sind alles geschützte Bäume, vom Rat geschützte Bäume, die unter dem besonderen Schutz standen. Aus dem Grunde habe ich kein großes Vertrauen, dass die zugesagten Schutzmaßnahmen tatsächlich den Effekt erreichen. Vor allem müssen die Bäume, alle mit einem scharfen Messer von der Hand, an den Wurzeln amputiert werden. Das steht in dem Gutachten. Dass ein alter Baumbestand durch Wurzelamputation besser, gesünder und vitaler in seinem Bestand bleibt, kann man mir nicht erzählen. Dass, was Sie dem Bürger bieten, ist nur noch der Rundweg. Ansonsten geht eine Aschedecke, eine wassergebundene Decke mit seitlicher Einfassung durch Betonplatten, mitten durch den Park, an dessen Anfang man dann schon einen Soccerkäfig sehen kann, statt der viel verzweigten Wege, die es jetzt gibt. Man hat nur das Ziel zu dem Soccerkäfig zu gehen, wieder zurück oder den Rundweg gehen. Auch unter städtebaulichen Gesichtspunkten kann ich diese Planung nicht verstehen und nicht nachvollziehen. Ich muss sagen, unter städtebaulich ästhetischen Maßnahmen hätte man den Eingriff visualisieren müssen. Dieses ist nicht geschehen, wie bei so vielen Dingen. Dieser Soccerkäfig durfte ja nicht visualisiert werden, weil man vielleicht befürchtet, dass diese vier Meter hohen, vom Maschendraht eingezäunten Wände, nicht so schön aussehen. Vor allem dann nicht, wenn die gesamte Fassade des Wasser- und Schifffahrtsamtes noch entbaumt wird. Das ist ja auch noch ein Streitpunkt, wo man auch noch gesunde Bäume, die eigentlich zur Ästhetik noch beitragen könnten, auch entfernt, wo es nicht nötig ist. Ich kann über so eine Planung, auch aus städtebaulichen Gründen, nur den Kopf schütteln.

Ich will noch einmal versuchen, ein ökologisches Argument einzubringen. Wir leben hier an der Rheinschiene, einer hochbelasteten Schiene mit Feinstaub durch den Schiffsruß. Die Stadt Düsseldorf hat trotz ihrer Verkehrsdichte 25 % der Feinstaubbelastung aus dem Schiffsverkehr. Wenn man das auf Emmerich herunterrechnet, wäre das noch erheblich mehr. Eigentlich beseitigt man alles Kollektive. Wir haben in den letzten fünf Jahren hunderte von Bäumen im Stadtgebiet gefällt, ohne dass dafür Ersatz geschaffen wurde. Auch unter diesen Gesichtspunkten kann ich das nicht verstehen. Sie nehmen den Bürgern ein Stück Lebensqualität. Wenn die Parkgestaltung so durchgeführt wird, dass habe ich dem Bürgermeister heute Morgen in einem Gespräch gesagt, könnte ich nur weinen. Das ist das, was bei mir zurückbleibt. Ich sage es noch einmal, es ist ein unsäglicher Entwurf, der da noch die Züge hat, kinderfreundlich zu sein. Die Initiative hat Ihnen dann eben noch dargestellt, dass die Spielfläche für die Kinder noch einmal reduziert wird, zu Gunsten eines Soccerplatzes, also was daran kinder- und jugendfreundlich sein soll, kann man beim besten Willen nicht erkennen. Sie machen mit dieser Planung einen funktionierenden Park kaputt. Aus diesem Grunde können wir auch diesem Kompromiss nicht zustimmen.“

Mitglied Spiertz erklärt, dass seine Fraktion dem Beschluss nicht zustimmt da sie der Auffassung sind, dass die Gestaltung des Rheinparks mit den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden sollte und nicht noch mit weiteren 350.000 € aus dem städt. Haushalt. Er möchte zum Ausdruck bringen, dass solche Gespräche mit den Bürgern, wie sie am Freitag und heute geführt wurden, nicht förderlich für die Stadt sind und in Zukunft nicht mehr geführt werden sollten.

Mitglied Meschkapowitz macht deutlich, dass seine Fraktion der Auffassung ist, dass man mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag die Standpunkte und Wünsche von 5.- 6.000 Bürgern nicht genügend berücksichtigt.

Seine Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag nicht zu.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der Mitglieder Gertsen und Diekman abstimmen.

Der Rat beschließt als Ergänzung zum Ratsbeschluss vom 15.12.2009 zu dem Projekt „Umgestaltung des Rheinparks“ (Vorlage-Nr. 05-15 0070/2009 E1) folgenden Ausgleich zum Thema Bäume:

1. Fällung von 21 Bäumen zur Umsetzung des „reduzierten Entwurfs“ (davon 15 im Baumgutachten als mittelfristig nicht zu erhalten eingestuft und Wegnahme von 6 Bäumen aus funktionalen Gründen)
2. Fällung von 9 kranken Bäumen
3. Erhalt von 19 Bäumen außerhalb des „Entwurfskerns“
4. Erhalt 1 Trauerweide (mit baumchirurgischen Maßnahmen)
5. Ersatzpflanzung 1 Trauerweide
6. Ersatzpflanzungen 7 Bäume
7. Pflanzung von 22 Bäumen außerhalb des Rheinparks
8. vegetationstechnische Maßnahmen zum Erhalt des Bestandes – z.B. Schonung des Wurzelwerks – als Bestandteil der Ausschreibung (s. Baumgutachten 9/2009)

Somit erübrigt sich eine Abstimmung über den Vertagungsantrag von Mitglied Spiertz .

Stimmen dafür 21 Stimmen dagegen 13 Enthaltungen 0 0

**9. Schulsozialarbeit in den Grundschulen der Stadt Emmerich am Rhein
Vorlage: 04 - 15 0103/2010**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt, den Ansatz für die Schulsozialarbeit von 65.000 € auf 89.000 € zu erhöhen.

Stimmen dafür 34 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**10. Überörtliche Prüfung der Stadt Emmerich am Rhein für die Jahre 2004-2007
Vorlage: 02 - 15 0107/2010/1**

Herr Siebers erläutert kurz den Ablaufplan der "Sparkommission". Der Ablaufplan wird in dieser Woche verteilt.

Aufgrund der Anfrage von Mitglied Spiertz teilt der Vorsitzende mit, dass die vor-

geschlagenen Änderungen, aus dem Bericht des GPA von Seiten der Verwaltung umgesetzt werden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

1. Der Rat nimmt den wesentlichen Inhalt des Prüfberichtes der GPA NRW und das Beratungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis
2. Der Rat beschließt, die Empfehlungen der GPA NRW im Rahmen des aufzustellenden Haushaltskonsolidierungskonzeptes durch eine „Sparkommission“ auf ihre Umsetzung zu prüfen.

Stimmen dafür 34 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**11. Haushaltssatzung 2010;
hier: Beschlussfassung
Vorlage: 02 - 15 0119/2010/1**

Der Vorsitzende erteilt den Fraktionsvorsitzenden das Wort.
Mitglied Gertsen, Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion:

"Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, die Kommunalwahl vom 30. August 2009 war aus Sicht der CDU für unsere Stadt von besonderer Bedeutung. Unser Bürgermeister, Johannes Diks, wurde mit einem überzeugenden Votum in seinem Amt bestätigt und die CDU gewann 15 von 16 Wahlkreisen und ging damit als stärkste Fraktion aus diesen Wahlen hervor. Es kann also nicht alles so schlecht gewesen sein, wie der eine oder andere an diesem Tisch es uns Glauben machen will. Die Bürgerinnen und Bürger wissen offenbar sehr genau, wer bereit ist, in unserer Stadt Verantwortung zu übernehmen und zu gestalten. Polemik und Taktieren hat sich irgendwann austaktiert. Nahezu klassisch war in den letzten Wochen wieder die Beratung des Haushaltsentwurfs in den Ausschüssen. Mit diesem Entwurf kann man als Politik kreativ umgehen. Man kann versuchen eigene Akzente zu setzen und mit Anträgen das Zahlenwerk in den Beratungen noch verändern. Aber dann sollte man doch wissen, ob man dem Haushalt seine Zustimmung erteilt oder ob man dagegen stimmt. Wie man das Kunststück fertig bringen kann, in keinem Ausschuss mit Ja oder Nein zu stimmen, ist mir ein Rätsel. Enthaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann jeder – wer aber davon träumt, mit einer solchen Einstellung irgendwann einmal in politischer Verantwortung zu übernehmen, der muss schon ein bisschen Zeit mitbringen.

Doch zurück zum Haushalt. Was sind die Überschriften, die den Haushalt 2010 prägen? Wir profitieren wiederum von der niedrigsten Kreisumlage im Land NRW und wenn wir den Blick zurückwerfen, dann müssen wir feststellen, dass die Entscheidung der Ratsmehrheit im letzten Jahr absolut richtig war, die Steuern nicht zu senken. Und ich glaube auch, dass es richtig ist, sie in diesem Jahr nicht weiter zu erhöhen. Die freiwilligen Leistungen konnten auf dem Vorjahresniveau bleiben, was in diesen Zeiten nicht selbstverständlich ist. Die Wirtschaftskrise schlägt voll durch auf die Unternehmen in unserem Land und damit auch zwangsläufig auf die Kommunen. Die Gewerbesteuererinnahmen – die wichtigste Einnahmequelle der Kommune – sind dramatisch zurückgegangen. Nur die Aufga-

ben und Belastungen steigen immer weiter. Auch die Stadt Emmerich am Rhein wird in diesem Haushaltsjahr einen beträchtlichen Betrag aus der Ausgleichsrücklage entnehmen müssen, um den Haushalt auszugleichen.

Der Bürgermeister hat bei der Haushaltseinbringung die Bildung einer sogenannten Sparkommission angekündigt. Da wird sich dann zeigen, wer denn den Weg der Konsolidierung mitgehen wird. Einsparungen werden ebenso zu diskutieren sein, wie Einnahmeverbesserungen. Das Gemeindeprüfungsamt hat Wege aufgezeigt, wo Potentiale schlummern. Nur, das, was dann zu verändern ist, wird nicht nur Freunde finden. Die Aussagen zur Eigenkapitalfinanzierung und zu den kostendeckenden Gebühren will schon nicht jeder hören. Sporthallennutzungsgebühren für Erwachsene oder die Zusammenlegung von sportlichen Aktivitäten verschiedener Vereine, um Hallenbelegungszeiten zu optimieren, sind ebenfalls nicht gerne gesehen.

Der Ruf nach Einsparungen in der Verwaltung erschallt zuallererst und meist auch ziemlich laut, weil das ja eine Stellschraube ist, an der gerne gedreht wird und die nicht direkt beim Bürger wehtut. Die ganz Gescheiten sparen sogar durch Personalaufbau. Hier ertönt immer wieder die Forderung nach einem versierten Stadtplaner oder einem eigenen Wirtschaftsförderer und - nicht zu vergessen - eine Security-Mannschaft zur Überwachung der Stadt. Ich frage mich, wie viele Sicherheitskräfte man wohl braucht, um den Menschen von Elten bis Praest ein objektives Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Ganz abgesehen davon, dass man die Aufgaben der Polizei - und damit des Landes - weder rechtlich noch personell in den Städten und Gemeinden einfach übernehmen kann und darf. Ich stelle mir immer häufiger die Frage, ob der Ansatz der Überwachung überhaupt der richtige ist. Müssen wir nicht viel mehr Eltern, Lehrern und Erziehungsberechtigten den Rücken stärken und sie unterstützen bei der durchaus nicht immer einfachen Aufgabe der Erziehung? Erziehungsberechtigung schließt auch Erziehungsverpflichtung mit ein und da ist auch die Frage zu stellen, welche Werte vermitteln wir der jüngeren Generation heute noch. Werte, wie der Schutz und die Unversehrtheit von fremdem Eigentum und die Achtung des Anderen an Leib und Seele, sind nicht dadurch zu ersetzen, dass wir, wenn die Erziehung nicht so ganz erfolgreich war, einfach einen Aufpasser an die Seite stellen. Zur Wertevermittlung gehört auch untrennbar die Vermittlung von Kultur, von Literatur und nicht zuletzt auch die sportliche Betätigung. Das bedeutet für mich, dass eine Stadt wie Emmerich es sich durchaus leisten sollte - ja leisten muss - ein eigenes Theater, ein Schwimmbad, eine Bücherei und selbstverständlich sportliche Einrichtungen zu unterhalten. Um dies für jedermann zu erschwinglichen Preisen anbieten zu können, sind finanzielle Unterstützungen und Querfinanzierungen zwingend erforderlich. Ich habe zunehmend ein Problem damit, wenn wir in unserer Gesellschaft alles in Frage stellen und nur den eigenen Nutzen und Mehrwert errechnen. Der Eine geht nun einmal nicht ins Theater und der Zweite nicht ins Schwimmbad. Der Dritte wird vermutlich in seinem Leben niemals eine Bücherei betreten - aber deshalb darf man nicht alle Einrichtungen schließen, die sich nicht selbst tragen.

Unsere Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, dass die Stärkeren mehr und die vermeintlich Schwächeren entsprechend weniger zur Finanzierung des staatlichen und gesellschaftlichen Gefüges beitragen. Mit dem Bestreben des Einzelnen, seinen finanziellen Beitrag an der Finanzierung zurückzufahren, gerät auch unser gesellschaftliches Gefüge immer stärker ins Wanken. Infrastruktur, Straßenbau, Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und vieles mehr sind auf die finanzielle Unterstützung der Gesellschaft insgesamt angewiesen.

Das gilt nicht zuletzt auch für den Straßenausbau. Da wird bisweilen viele Jahre über den Zustand der eigenen Straße lamentiert, bis sie zum Ausbau ansteht. Dann heißt es, für die Anwohner hätte der Straßenzustand noch etliche Jahre gereicht und nur weil so viele Fremde die Straße nutzen, werden sie, die Anwohner nun zur Kasse gebeten. Dabei wird vielfach übersehen, dass jeder Anwohner an irgendeiner anderen Straße auch Straßennutzer ist und dort einen guten Straßenzustand erwartet. Wir haben in den letzten Jahren viel Geld in die Straßen unserer Stadt investiert und diese Maßnahmen werden in den nächsten Jahren auch noch fortgeführt werden müssen. Ich hoffe dabei auf die Einsicht und die Bereitschaft der Anwohner, dass sie noch anstehende Ausbauten im Interesse der Allgemeinheit mittragen und ihren finanziellen Beitrag dazu erbringen, auch wenn das im Einzelfall mit Härten verbunden ist.

Persönliche Befindlichkeiten stehen für viele Emmericher oft erst an zweiter Stelle, weil sie sich einer Aufgabe verschrieben haben, für die es keinen Lohn und auch nur selten Anerkennung gibt. Ich meine die ehrenamtlich Tätigen in den vielfältigen Vereinen, Gruppierungen und Hilfsorganisationen bis hin zur Nachbarschaftshilfe. Wir haben im letzten Jahr die Einführung einer Ehrenamtskarte beschlossen, um hier ein Stück Anerkennung zurückzugeben. Vermutlich werden wir nicht alle Ehrenamtlichen damit erreichen und der Eine oder Andere legt vermutlich auch keinen Wert darauf. Wir wissen aber, dass unsere Gesellschaft ohne den Einsatz der vielen ehrenamtlich Tätigen bereits heute einen Kollaps erleiden würde. Einsatzbereitschaft, Uneigennützigkeit und Toleranz verbunden mit einem hohen Zeitansatz werden hier zum Wohle der Gesellschaft eingebracht. Mit der Toleranz ist das jedoch manchmal so eine Sache. Tolerant sein und Toleranz erwarten, steht nicht immer im Einklang. Spielende Kinder auf der Straße oder auf einem Spielplatz überschreiten bei dem einen oder anderen Zeitgenossen bisweilen schon die Toleranzgrenze. An feiernden Menschen auf der Straße findet nicht jeder Gefallen, wenn er dort als Anwohner betroffen ist. Aber gehört nicht all das zu einer lebendigen Gesellschaft in der Junge und Alte sich auf unterschiedliche Art einbringen und auch auf sehr unterschiedliche Weise feiern? Ich mag mir unsere Stadt nicht vorstellen, wenn es keine Schützenfeste, Stadtfeste, Reggae-Festivals, Biwaks, Pfarrfeste, Straßenfeste, etc. mehr gibt, weil sich einige wenige Anwohner dadurch gestört fühlen.

Eine Störung der besonderen Art in ihrem Umfang und ihren Auswirkungen steht der Stadt beim Thema Betuwe ins Haus. Wie sollen die Menschen in Emmerich künftig in Kooperation mit dieser Strecke wohnen und leben, wenn heute Bund, Land und Bahn die Städte an der Betuwe-Strecke sehr deutlich als ungleiche Partner behandeln und die betroffenen Menschen in ihrer Wut und Ohnmacht zurücklassen. Dies ist ja nur die eine Seite der unerträglichen Realität. Die andere Seite ist die finanzielle Belastung für die Stadt. Wenn man uns heute zu verstehen gibt, dass wir uns die von der Bahn eingeräumten Über- und Unterführungen aus eigenen Mitteln finanziell nicht erlauben können und es daher schon fast ein Entgegenkommen der Bahn bedeutet, dass sie uns weitere Übergänge verwehrt, dann ist dies an Arroganz und Zynismus fast schon nicht mehr zu überbieten. Ich frage mich, wer in der Lage ist, diesen Verein in seine Schranken zu verweisen. Wer Milliarden in die Erde steckt, um einen Bahnhof einzubuddeln und an anderer Stelle den Menschen meterhohe Mauern vor die Nase setzt und sich dabei auch noch auf Recht und Gesetz beruft, der hat an gesellschaftlicher Akzeptanz bis in die Steinzeit „verloren“. Hier stehen wirtschaftlicher Nutzen der Bahn und die Belastungen für die Städte und die Menschen in keinem Verhältnis mehr zueinander.

Wir werden als CDU auch weiterhin – gefragt oder ungefragt – unsere Forderung gegenüber Vertretern von Bund, Land und Bahn kundtun. Wir weichen nicht ab von unserer Maximalforderung nach ausreichenden Übergängen, städtebaulich verträglichem Lärmschutz nach neusten Erkenntnissen und die komplette Kos-

tenübernahme ohne städtische Mittel.

Dieser Haushalt, das haben wir in den Haushaltsplanberatungen erfahren dürfen meine Damen und Herren, den wir heute zu verabschieden haben, ist verdammt eng zugeschnitten und dennoch glaube ich, dass auch die Mittel für die Umgestaltung des Rheinparks an dieser Stelle verantwortbar sind, zumal sie diesen Park zukunftsfähig macht. Wir haben als CDU-Fraktion sehr bewusst keine Anträge in die Beratungen eingebracht, die diesen Haushalt zusätzlich belastet hätten und wir werden diesem Entwurf unsere Zustimmung erteilen.

Ich möchte daher schließen mit dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, der Gesellschaften und Eigenbetriebe, nicht zuletzt danke ich dem Bürgermeister und der Verwaltungsspitze für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr.

Ich stelle den Antrag, der Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Jahr 2010 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen, mit den Positionen der Veränderungsliste, dem Stellenplan 2010 sowie dem Investitionsprogramm die Zustimmung zu erteilen und bitte um Ihre Unterstützung."

Mitglied Diekman, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, mit dem Haushalt 2010 bereiten wir uns auf das Jahr zwei nach dem großen Finanzcrash vor. Bei allen Problemen, die wir mit dieser Finanzkrise haben - nach meinem Eindruck haben viele Bürger gar nicht begriffen, welchen Dusel wir haben, dass sich die Folgen der Krise in derart engen Grenzen halten.

Ein Blick in die jüngere Geschichte zeigt, welche Folgen des Bankenversagens auch möglich gewesen wären: Die Weltwirtschaftskrise, die mit dem sog. Schwarzen Freitag im Oktober 1929 begann, hat Anfang der dreißiger Jahre einen großen Bankencrash ausgelöst. Die Regierungen ließen die Banken pleite gehen, reihenweise. Das führte zu einer Depression, Hyperinflation, Massenarbeitslosigkeit und letztlich zum Erstarken des Nationalsozialismus, der uns dann in die Katastrophe des zweiten Weltkriegs geführt hat.

Die Regierungen haben aus der Vergangenheit gelernt. Erklärtes Ziel war, die alten Fehler nicht zu wiederholen. Das hat viel Steuergeld gekostet, wir werden die daraus entstandenen Schulden noch viele Jahre abtragen müssen. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass es letztlich richtig war, so zu reagieren. Andernfalls hätte uns eine Entwicklung wie in den dreißiger Jahren gedroht.

Wie so oft ist es allerdings nicht gelungen, der Bevölkerung diesen größten Erfolg der großen Koalition zu vermitteln. Bei vielen ist nur der Eindruck entstanden, dass die Banken als Verursacher der Krise für ihr Versagen auch noch mit Steuergeldern belohnt werden. So war das nicht.

Allerdings, wenn mir diese letzte bundespolitische Anmerkung gestattet ist, darf man dem ungezügelt Treiben der Finanzmärkte nicht weiter tatenlos zusehen. Darauf haben wir, nachdem wir gezahlt haben, alle einen Anspruch.

Was hat das alles mit Emmerich zu tun? Ganz einfach: Die Finanzkrise, auch wenn ihre Folgen durch kluge Politik abgemildert werden, gefährdet unsere kommunalen Finanzierungsgrundlagen!

Die Steuereinnahmen gehen dramatisch zurück. Das Land kürzt die Schlüsselzuweisungen. Und obwohl der Landrat stolz behauptet, dass die Kreisumlage nicht steigt, erhöht sich der Ansatz um 170.000 €. Wir müssen die Mittel aus unserem mühsam verteidigten Sparstrumpf fast vollends verbrauchen und geben damit unsere letzten Reserven her.

Für 2010 waren wegen dieser Anstrengung – noch – keine Steuererhöhungen und keine Kürzungen freiwilliger Leistungen erforderlich. Gut so!

Dennoch, wir haben ein strukturelles Defizit, das uns in den folgenden Jahren zu

schaffen macht, und müssen trotzdem auch in Zukunft unseren Aufgaben nachkommen. Der Bürgermeister hat angeregt, dass wir in den nächsten Wochen in einer Sparkommission Vorschläge erarbeiten, wie wir diesem Dilemma entkommen wollen. Wir begrüßen das und werden mit der gebotenen Verantwortungsbeurteilung mitwirken.

Man muss allerdings kein Prophet sein, um zu erkennen, dass uns die Lösung unserer finanziellen Zukunftsprobleme nicht auf Anhieb vollständig gelingen wird. Vor allem die Lasten, die uns die Betuwe-Linie aufbürdet, sind ohne fremde Hilfe nicht zu schultern. Und da sieht's schlecht aus im Moment.

Letztlich kann unser Problem nur in Berlin gelöst werden. Dennoch ist es schlimm genug, wie sich die Bürgermeister als Repräsentanten der Anliegerstädte in Düsseldorf behandeln lassen müssen. Es wiegt schwer, dass wir offenbar die Unterstützung der Landesregierung verloren haben.

Der neue Landesverkehrsminister Lienenkämper lässt keine Gelegenheit aus zu erklären, dass ihm unsere Forderungen zu weit gehen. Der soll doch mal nach Emmerich kommen und sich anschauen, was die Baumaßnahmen für uns bedeuten. Von oben herab und aus der Ferne immer wieder nur zu sagen, dass wir zu viel verlangen, ist für mich eine bodenlose Frechheit, die wütend macht.

Wir alle müssen in den nächsten Wochen noch viel lauter und widerständiger werden, sonst wird die Katastrophe perfekt.

Und für alle, die immer noch für die Umfahrung werben: Wer glaubt eigentlich, dass die, die noch nicht einmal eine zusätzliche Unterführung für uns übrig haben, den Milliarden-Mehraufwand für die Umfahrung aufbringen werden.

Weitere Probleme in der Zukunft kommen durch die Umnutzung des Kasernengeländes auf uns zu. Wir haben eine anspruchsvolle Rahmenplanung entwickelt, die Gewerbe, Wohnen und Grün vorsieht. Die Realisierung hängt davon ab, ob es gelingt, einen Investor zu finden, der die Finanzierung stemmt.

Hier ist der Gedanke aufgetaucht, die Stadt oder eine ihrer Gesellschaften könnte selbst als Grundstückskäufer auftreten, also selbst einen Teil des Risikos übernehmen. Alle bisherigen Projektionen gehen von einem Defizit für den städtischen Haushalt aus, zum Teil sogar erheblich. Die Investitionen für den Erwerb und die Erschließung refinanzieren sich nicht.

Hinzu kommt, dass wir angesichts der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren nicht mit einem großen Bedarf an Wohnbauflächen rechnen können, so dass ein erhebliches Vermarktungsrisiko besteht. Wir raten deshalb dringend von einem Kauf der Grundstücke ab. Unter den bis jetzt vorliegenden Bedingungen ist mit einer Zustimmung der SPD zu dem Vorhaben jedenfalls nicht zu rechnen.

Zurück zum Haushalt: Angesichts der Haushaltsprobleme haben wir für diesen Haushalt darauf verzichtet, kostenträchtige Anträge einzubringen.

Das heißt aber nicht, dass wir nicht weiter gestalten wollen. Wir müssen die Entwicklung der Innenstadt voranbringen und dazu gehört auch der Rheinpark.

Ein Blick in alte Unterlagen zeigt: Der Verlauf der Diskussion um den Rheinpark ist typisch für Emmerich und offenbar etwas ganz normales.

Die vom Rat initiierte Bürgerbeteiligung in Ideenwerkstätten und Foren ist ja noch lange nicht für jeden Emmericher eine Aufforderung, sich einzubringen. Nein, man lässt arbeiten und nimmt dann die Chance wahr, das von vielen Beteiligten erarbeitete Ergebnis madig zu machen.

In der öffentlichen Diskussion wird dann überspitzte Polemik zum Mittel der Wahl, es wird der Eindruck erweckt, als solle der Park nach einem Kahlschlag zubetoniert werden. Leserbriefschreiber empfehlen schon mal, man solle die Straßenseite wechseln, wenn man einem Emmericher Kommunalpolitiker begegnet. Dabei haben die mehrheitlich zunächst einmal nur das Ergebnis einer Bürgerbeteiligung verteidigt.

Zuletzt wird den Initiatoren der Unterschriftenaktion von neutraler Seite beschei-

nigt, sie hätten die Unterschriften erlangt, indem sie – na, sagen wir es vorsichtig – den Sachverhalt etwas dramatisiert hätten. Das ist nicht etwa Anlass für Nachdenklichkeit sondern Gelegenheit, erneut auf die Stadt einzudreschen. Man stelle sich vor, ein Dritter hätte der Politik ein solches Vorgehen bescheinigt, die öffentlichen Reaktionen hätte ich hören wollen.

Vielleicht muss man sich an einen solchen maßlosen Umgang miteinander gewöhnen, gerne tue ich das nicht.

Für unsere Fraktion bleibt es dabei, dass wir den Rheinpark umgestalten wollen. Grundlage bleibt für uns die vorliegende Planung. Wie in der letzten Ratssitzung beschlossen sind wir auch zu einem Gespräch und zu vernünftigen Kompromisslösungen bereit. Dieses Gespräch hat am vergangenen Freitag stattgefunden. Ein Kompromiss ist erarbeitet worden. Trotzdem finden sich die, die sich von Anfang an an der Planung beteiligt haben im Ergebnis wieder.

Auch die weitere Entwicklung der Innenstadt liegt uns am Herzen.

Wir würden uns über MediMax im Rheincenter freuen, aber, wenn die Lobbyisten auch noch so trommeln: Mit uns gibt es keine Verlagerung von Lebensmitteleinzelhandel an den Rand der Innenstadt. Wir wollen das Zentrum stärken.

Wir müssen den Neumarkt angehen. Bisher vorliegende Pläne machen neugierig. Aber wir wollen auch endlich Taten sehen.

Die Kindergarten- und Schullandschaft in Emmerich ist ein weiteres Thema, dass uns in den nächsten Monaten und Jahren beschäftigen wird. Der Grund ist nicht in erster Linie der Geldmangel sondern die Tatsache, dass immer weniger Kinder geboren werden. Hier kommen langfristige Umwälzungen auf uns zu: der vielbeschworene demografische Wandel. In den nächsten Jahren werden wir über den Bestand von Kindergärten und Grundschulen sprechen müssen, ganz einfach weil die Kinder nicht mehr da sein werden, um die bestehenden Einrichtungen zu füllen.

Aktuell sind die beiden Hauptschulen in Emmerich in der Diskussion. Neben der sinkenden Zahl der Kinder spielen hier auch die mangelnde Attraktivität der Hauptschule an sich und die sich daraus ergebenden sinkenden Übergangszahlen eine Rolle.

Wir haben über viele Jahre die Hauptschule in Elten gestützt, indem wir Kinder aus Emmerich nach Elten gefahren haben. Ohne diese Schülertransporte gäbe es schon lange keine Hauptschule mehr in Elten. Wir wollten aber gemeinsam ein Angebot der Sekundarstufe in Elten erhalten. Jetzt reicht auch das nicht mehr aus, Lösungen müssen her.

Wir wollen aber davor warnen, die Diskussion um die Luitgardisschule nur als Standortdiskussion zu führen. Es reicht nicht aus, den Einzugsbereich der Eltener Schule noch ein bisschen zu erweitern oder nur über eine Dependancelösung zu sprechen. Die Schüler laufen der Hauptschule davon. Wir müssten in ein, zwei Jahren erneut nachbessern.

Wir sollten die Situation vielmehr als Chance begreifen, auch über Konzepte zu reden. Nur wenn es gelingt, die Schule in den Augen der Eltern und Schüler wieder attraktiv zu machen, hat sie auf Dauer eine Perspektive. Wir wollen deshalb über das Modell einer Verbundschule oder einer verbindlichen Ganztagschule sprechen. Andere Kommunen im Kreis sind da schon weiter.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Sie sehen, auch in den nächsten Jahren geht uns die Arbeit nicht aus. Dieser Haushalt ist ein weiterer kleiner Schritt auf dem Weg in die Zukunft, er löst unsere Probleme nicht, er gibt uns aber eine Atempause.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2010 zu. Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.!

Mitglied Spiertz Vorsitzender der BGE-Fraktion:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Kolleginnen und Kollegen, bitte sehen Sie mir nach, aber ich werde jetzt gleich nicht über Familienpolitik, Landes- und Bundespolitik hier reden, sondern über unseren Haushalt 2010. Die Bürger-Gemeinschaft Emmerich hat seit 2000 den Haushalt der Stadt Emmerich am Rhein insgesamt sechsmal abgelehnt, was uns unter anderem auch den Ruf der „Neinsager“ eingebracht hat. Jetzt werden unsere Ablehnungen und deren Begründungen aber mehr als eindeutig von der Gemeindeprüfungsanstalt bestätigt, was Sie, verehrte Kollegen, soeben im letzten Tagesordnungspunkt zur Kenntnis genommen haben.

Denn: Die GPA zeigt deutlich von 2000 bis 2007 eine insgesamt negative strukturelle Situation in Emmerich auf, in der ein nachhaltig wirkendes Konsolidierungskonzept nicht erkennbar ist. Angemahnt wird außerdem der seit Jahren stattfindende Werteverzehr.

Und der GPA-Bericht spricht von einem deutlichen Handlungsbedarf. Es wurde sogar ein mögliches Einsparpotential vom 2,1 Mio. € ermittelt.

Sie werden sich erinnern, dass die BGE in den vergangenen Jahren immer deutlich auf fehlende Sparbemühungen, eine unsolide Haushaltswirtschaft und dem zügellosen Verkauf von Tafelsilber hingewiesen hat.

Laufende Kosten des Verwaltungshaushaltes wurden teilweise aus dem Vermögenshaushalt finanziert, der aber dafür Kredite aufnehmen musste. Der vorliegende kritische Bericht der GPA stimmt also voll mit unserer Einschätzung der Vergangenheit überein.

Nun zum vorliegenden Haushalt 2010:

Der 2. Doppik-Haushalt soll wieder ohne echte Vergleichszahlen verabschiedet werden. Für uns grenzt es schon beinahe an Verantwortungslosigkeit, einen Haushalt auf einer derartigen unsicheren Basis zu verabschieden. Von Transparenz ist überhaupt nicht mehr die Rede. Sollte die Verwaltung in diesem Haushaltsplan-Entwurf Sparmaßnahmen eingebaut haben, sind diese – jedenfalls für uns – nicht erkennbar.

Unverständlich ist uns allerdings, wie die Mehrheit von CDU und SPD kommentarlos die Erhöhung der Kassenkredite hinnehmen kann.

Zur Erinnerung: 2003 kamen wir noch mit 3 Mio. aus, 2004 waren es bereits 7 Mio., in 2005 wurde die Grenze der Kassenkredite auf 10 Mio. erhöht und der vorliegende Haushalt benötigt schon 12 Mio. Euro – und das sind sage und schreibe $\frac{1}{4}$ aller Auszahlungen dieser Stadt.

Ein deutliches Zeichen nicht vorhandener Liquidität, ein bedrohliches Warnsignal! Und die fetten Jahre sind nun vorbei, die Wirtschaftskrise ist auch an Emmerich nicht spurlos vorbei gegangen. Ich sage hier nur: Gewerbesteuer. Im Vergleich zu anderen Städten stehen wir scheinbar noch gut da, wir sind noch nicht im Haushaltssicherungskonzept und wir haben noch keinen Nothaushalt.

Aber: Wenn wir Emmerich mit unserer Nachbarstadt Rees vergleichen, sieht man an nur einer Zahl sehr schnell unser Dilemma:

Emmerich hat 30 % mehr Einwohner als Rees, aber 70 % mehr Kosten nach SGB II und SGB XII. Hier finden also überproportional hohe Transferleistungen statt.

Die CDU-SPD-Koalition betrachtet den Haushalt als „Wunschkonzert“ und hat offensichtlich den drastischen Einbruch unserer Finanzen noch nicht mal bemerkt. Unsere geschätzte Ausgleichsrücklage – die Eröffnungsbilanz liegt leider immer noch nicht vor – von 11,8 Mio. wurde für 2009 bereits um 2,9 Mio. reduziert und wird für 2010 mit 7,574 Mio. benötigt. Damit bleiben optimistisch gesehen nur noch 1,3 Mio. € aus der Ausgleichsrücklage für 2011 über.

Und CDU und SPD haben immer noch nicht verstanden, dass wir uns jetzt nur auf wirkliche Notwendigkeiten konzentrieren können, denn die Lage ist dramatisch.

Wir müssen jährlich ca. 890.000 Euro Zinsen aufbringen – und Sie besitzen die Unverfrorenheit, trotzdem einen Luxusumbau des Rheinparks zu planen. Denn die 500.000 aus dem Konjunkturpaket II reichen dafür nicht aus, der Rest von geplanten 354.000 € muss über Kredite finanziert werden.

Die Gewinnausschüttungen der EGD sind in 2010 und 2011 um 650.000 € niedriger angesetzt worden. Wir erwarten aber einen noch größeren Ertragseinbruch, denn die EGD als städtische Tochter muss alles finanzieren, was sich die Stadt eigentlich nicht leisten kann.

Und der Ankauf des Kasernengeländes ist finanziell nicht zu stemmen. Die BGE wird dieses Projekt ablehnen, weil die finanziellen Risiken nicht absehbar sind.

Der Ankauf des Steintor-Geländes ist genauso wie der übertriebene Umbau des Rheinparks als eine illusionäre Wunschvorstellung zu sehen.

Unsere heutige Misere ist die Folge der vergangenen Versäumnisse, wo ein Umdenken nicht erfolgt ist und Sparmaßnahmen nicht durchgeführt wurden.

Übertriebenes Zuschussdenken der Verwaltung hat ebenso dazu beigetragen.

Für das Mammutprojekt Betuwe und deren Folgekosten haben wir kein Geld. Und die erheblichen Kosten für eine neue Infrastruktur aufgrund der geänderten Verkehrsströme sind bis jetzt weder angedacht noch eingeplant worden.

Die BGE ist über diese negative Entwicklung mehr als besorgt, denn wir wollen nicht, dass an unserem Kulturprogramm aufgrund der Fehlentwicklungen gespart werden muss. Denn unser Stadttheater trägt wesentlich zum Charme und positivem Image unserer Stadt bei.

Selbstverständlich wird sich die BGE konstruktiv mit konkreten Vorschlägen in die Sparkommission einbringen, wenngleich wir diesen Haushalt ablehnen werden. Festhalten werden wir an unserer Forderung nach mehr Sicherheit in Emmerich – wir verweisen auf unseren Antrag S.O.S.

Ebenfalls fordern wir die Stärkung der Kaufkraftbindung in der Innenstadt.

Wir halten die gleichzeitige Entwicklung der Standorte Neumarkt und Mennonitenstraße für unabdingbar – wobei das RheinCenter dabei nicht kaputt gehen darf. Detaildiskussionen über Auslegungsfragen sind weder zielführend noch zukunftsgerichtet. Juristische Spitzfindigkeiten über Diskrepanzen zwischen EH-Gutachten und EH-Konzept bringen die Entwicklung der Stadt nicht weiter.

Denn: Die Innenstadt braucht einen Magneten wie z.B. MediMax. Es muss alles versucht werden, die jetzige Situation zu verbessern, damit wir langfristig wieder mehr Käufer in der Innenstadt haben.

Hier können wir nur an Sie alle appellieren: Wiederholen Sie bitte nicht die Fehler der Vergangenheit!

Zusammenfassend stellen wir fest, dass wir dem Haushaltsplan-Entwurf 2010 aus den dargelegten Gründen nicht zustimmen können. Vielen Dank."

Mitglied Siebers, Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, liebe Gäste,

wie Sie es von mir kennen, werde ich Sie nicht mit langatmigen Ausführungen zum Zahlenwerk langweilen.

Darum werde ich mich auf die für unsere Fraktion wichtigen Aspekte des Haushalts und der ihm zu Grunde liegenden Politik beschränken.

Wir stehen finanzpolitisch vor einem Dilemma:

Auf der einen Seite sinken die Einnahmen aus Einkommens- und Gewerbesteuern und auf der anderen Seite fehlen uns wegen der guten Steuereinnahmen vor zwei Jahren die Schlüsselzuweisungen.

Gleichzeitig wird Emmerich, wie viele Gemeinden in NRW, unter den Auswirkungen des Sofortpakets der CDU/CSU und der FDP, leiden. Die vorgesehenen Steuerentlastungen aus dem Sofortpaket führen nämlich strukturell zu Steuermindereinnahmen von 650 Mio. Euro in NRW.

Dies hat zur Folge, dass die Kommunen in NRW 350 Mio. zusätzlich verlieren. Realistischerweise dürfen wir auch nicht darauf vertrauen, dass wir durch höhere Schlüsselzuweisungen in den nächsten Jahren besser dastehen. Denn es ist heute schon eine sichere Erkenntnis, dass der Grundbetrag, der zur Berechnung der Schlüsselzuweisungen zu Grunde gelegt wird, sinken wird. In Anbetracht der verschärften Finanzsituation der Kommunen werden nämlich immer mehr Gemeinden einen Anspruch auf Schlüsselzuweisungen haben mit der Folge, dass diese sich für die einzelnen Gemeinden reduzieren.

Des Weiteren werden die Aufwendungen im Bereich SGB XII und SGBII steigen, weil die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weiter rückläufig ist. Dies vorausgeschickt, besteht also großer Anlass zur Sorge, wenn wir mit dem hier vorliegenden Haushalt die Ausgleichsrücklage um 7.574.854 € verringern, obwohl keine wirklich positiven Prognosen für die Zukunft in Sicht sind.

Vielmehr müssen wir hier in Emmerich fürchten, dass wir wegen der starren Haltung der Bahn in der Betuwe-Diskussion ebenfalls mit hohen Kosten rechnen müssen, um die Verkehrssituation zumindest halbwegs erträglich für unsere Bevölkerung zu gestalten.

Wie ist es zu dieser misslichen finanziellen Situation gekommen?

Natürlich spielen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise eine Rolle. Aber es wäre zu einfach und auch nicht korrekt, unsere Situation allein damit zu begründen.

Wenn wir die vergangenen Jahre Revue passieren lassen, so stellen wir fest, dass die beiden Mehrheitsparteien in den letzten Jahren häufig versäumt haben, langfristige Einnahmesteigerungen für Emmerich am Rhein zu sichern.

Ich nenne Ihnen gerne einige Beispiele:

Die finanziellen Vorteile der Ausnutzung der Kraft-Wärme-Kopplung kann in Emmerich nur über Dritte realisiert werden, die dementsprechend den Profit einstreichen.

Der Windpark, der uns 100.000 € Gewerbesteuerereinnahmen eingebracht hätte, wurde leichtsinnig abgelehnt.

Mit Green Gecco werden anonyme Investorenmodelle gefördert, statt hier vor Ort gewinnbringende Projekte zu fördern

Privatisierungen und Beteiligungen durch Großkonzerne haben kontinuierlich eigene Einnahmemöglichkeiten verhindert.

Alle genannten Einnahmequellen sind unwiederbringlich versiegt!

Und wie sieht es mit den geplanten Investitionen in unserer Stadt aus?

Der Haushalt stellt einen hohen Betrag für den Erwerb des Steintorgeländes bereit. In der Bevölkerung wird schon von einem „vergoldeten Parkplatz“ gesprochen.

Wie bereits in den letzten Jahren, werden sinnvolle und notwendige Investitionen im Bereich von Natur und Landschaft abgelehnt.

Und das vor dem Hintergrund, dass laut der hier im Haushalt festgeschriebenen Zielsetzung des Fachbereichs Stadtentwicklung angeblich das Stadtgrün gefördert werden soll.

Auch wird als Schwerpunktzielsetzung die Entwicklung eines „grünen Leitbildes“ ausdrücklich proklamiert!

Wir sehen leider tagtäglich, dass diese Versprechungen nur leere Worthülsen sind!

Es werden weder ökologische Ausgleichsmaßnahmen sinnvoll koordiniert, noch wird das Stadtgrün gefördert.

Wie die letzten Wochen gezeigt haben, haben Bäume in unserer Stadt keine großen Überlebenschancen. Sie werden bei Baumaßnahmen nicht richtig geschützt und müssen oft Planungen weichen, die bezüglich ihrer Umweltauswirkungen völlig unsensibel sind.

Nicht nur die GRÜNEN in Emmerich am Rhein sind betroffen und traurig darüber, wie die waldärmste Stadt im Kreis Kleve mit dem noch verbleibenden Grün umgeht!

Mittlerweile hat sich eine große Bürgerbewegung über alle Parteigrenzen hinweg gebildet, die die ökologischen Sünden in unserer Stadt nicht mehr länger hinnehmen will.

Wir hoffen sehr darauf, dass die Proteste der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, ihren Widerhall finden und zu mehr ökologisches Fingerspitzengefühl führen! Es fehlt uns nach wie vor ein konsequenter Beitrag zu unseren klimapolitischen Zielen. Denn die Natur gewährt keinen Kreditaufschub, sie lässt nicht mit sich handeln!

Wir wünschen uns, dass das Kasernengelände erworben werden kann und der Natur „zurück gegeben“ wird, zum Beispiel in der Form, dass dort eine Landesgartenschau errichtet wird. Eine derartige Maßnahme würde das grüne Konto Emmerichs sicher sehr aufwerten.

Zusammenfassend können wir diesem Haushalt nicht zustimmen, weil er unseres Erachtens von unrealistisch positiven Prognosen hinsichtlich der Einnahmeentwicklung ausgeht und in Bezug auf die geplanten Investitionen andere Prioritäten setzen müsste.

Die Hoffnung stirbt zuletzt, darum werden wir uns weiterhin unermüdlich für die ökologischen Zielsetzungen unserer Stadt einsetzen.

Wir sollten nie vergessen, dass wir die Erde nur von unseren Kindern geborgt haben!

Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Mitglied Nellissen, Vorsitzender der Ratsfraktion Die LINKE:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst möchten wir uns ganz herzlich beim Kämmerer der Stadt, Herrn Siebers, für die fachkundige Einführung in das NKF-System bedanken, zumal für unsere Fraktion nicht nur das NKF neu war, sondern wir als neu im Rat vertretene Fraktion überhaupt zum ersten Mal mit der Bewertung eines Haushaltsplans befasst sind. Mit der Bewertung des vorliegenden Haushaltsplans haben wir es uns wahrlich nicht leicht gemacht, wissen wir doch, dass der Haushalt in diesem Jahr noch mehr als in den vergangenen Jahren stark von sog. negativen externen Faktoren, die sich dem Einfluss unserer Stadt entziehen, denen die Kommune also machtlos ausgeliefert ist, geprägt ist. Die Rahmenbedingungen für den Haushalt 2010 der Stadt Emmerich am Rhein sind also restriktiv durch die Auswirkungen der Finanzkrise, die sich zur Wirtschaftskrise ausgeweitet hat und nun zur Krise der öffentlichen Haushalte führt, weitgehend vorgegeben. Verstärkt wird das finanzpolitische Dilemma der Stadt Emmerich wie aller anderen Kommunen bundesweit durch das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das in seinen Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte von geschätzten 12 Milliarden eher als ein Armutsbeschleunigungsgesetz für die kommunalen Haushalte zu bewerten ist. Nach dem Rettungsschirm für die Banken, die auf den Finanzmärkten munter

weiter zocken als wäre nichts gewesen, benötigen wir nun eigentlich einen Rettungsschirm für die Kommunen, um zumindest noch einen Rest von autonomer Handlungsfähigkeit und finanzpolitischer Spielräume zu erhalten.

All diese genannten externen Faktoren belasten natürlich auch den Haushalt und die finanzpolitischen Handlungsspielräume für unsere Stadt nicht nur in diesem Jahr, sondern - wenn nicht alles täuscht - auch in den Folgejahren.

Ohne Schwarz zu malen muss sogar davon ausgegangen werden, dass sich die Lage unserer Stadt u. a. durch das Auslaufen der Kurzarbeit noch einmal verschärfen wird.

Der Verlust des Arbeitsplatzes beeinträchtigt die Kaufkraft und die Lebenssituation der Bürger nachhaltig. Dazu kommen weitere zu erwartende Einnahmeausfälle aus der Gewerbesteuer und höhere Kosten zulasten der Stadtkasse im Zusammenhang mit höheren Transferleistungen für sozial bedürftige Menschen, die in das Arbeitslosengeld II fallen.

Wenn sich der Trend fortsetzt, dass sich Bund und Land noch weiter aus der Übernahme der Kosten für Unterkunft für ALG II wie für Sozialhilfe-Bezieher zurückziehen und dies ist erkennbar, wird die Belastung in diesem Kostensegment für die Stadt Emmerich in den nächsten Jahren eher höher als niedriger ausfallen. Insofern verwundert uns die im vorliegenden Haushaltsplan für 2010 wie in den Ansätzen für die Folgejahre optimistische Grundannahme, dass zwar 2010 mit einer Erhöhung der Kosten in diesem Bereich zu rechnen ist, jedoch in den Folgejahren die Ausgaben wieder sinken werden. Bei aller Vorliebe für optimistische Grundannahmen halten wir es hier doch eher mit dem Realismus.

Die Sozialausgaben steigen exorbitant und belasten den kommunalen Haushalt dermaßen, dass die politische Handlungsfähigkeit in anderen Bereichen weitgehend eingeschränkt wird, so dass sich die Frage stellt, ob hier nicht Kernbereiche der kommunalen Selbstverwaltung verletzt werden durch die überproportionale Zuweisung der Soziallasten auf die Kommune. Hierzu kündigen wir bereits heute an, dass unsere Fraktion in der nächsten Zeit einen entsprechenden Antrag vorlegen wird, dem dann hoffentlich die breite Mehrheit des Rates zustimmen kann.

Im Klartext: Wir wollen keine Kürzungen für Betroffene - im Gegenteil, aber wir wollen die Entlastung des kommunalen Haushalts zugunsten sinnvoller zukunfts-trächtiger Investitionen sowie zur Vermeidung der Haushaltssicherung.

Neben den genannten externen Faktoren, die auf unseren Haushalt einwirken und die kommunalen Handlungsspielräume empfindlich einengen, sind aber noch interne Faktoren zu nennen, die sozusagen hausgemacht sind und die wir durchaus mit beeinflussen können.

Zu nennen ist hier in erster Linie, die nicht nur finanzielle Belastung im Zusammenhang mit der Betuwe-Linie. Hier ist in den vergangenen Jahren nach unserer Einschätzung eine völlig falsche Richtung eingeschlagen worden, die die Stadt Emmerich in wenigen Jahren in den finanzpolitischen Ruin treiben wird. Das Vertrauen auf Zusagen und die ehrliche Verhandlungsbereitschaft der Deutschen Bahn AG, das Vertrauen auf Zusagen von Bundespolitikern, die offenkundig nur ihren eigenen Bundestagswahlkampf retten wollten, hinsichtlich der Kostenübernahme im Zusammenhang mit den Querungen hat sich zunehmend als haltlos erwiesen und wenn nicht alles täuscht, kann die Stadt Emmerich in den kommenden Jahren so viel sparen, wie sie will, Leistungen gegenüber den Bürgern kürzen oder von den Bürgern höhere Gebühren verlangen. Die mit der BETUWE verbundenen Kosten werden die Stadt in die Haushaltssicherung also in die Pleite stürzen, dazu braucht man keine prophetischen Gaben.

Um dies zu verhindern, sehen wir nur einen Ausweg. Der heißt: Umkehr von der bisherigen Politik. Gemeinsamer legaler Widerstand gegen die Streckenführung der BETUWE Linie durch unsere Stadt. Hin zu einer siedlungsfernen Trassenführung. Dieser Widerstand - so er denn gewollt ist- kann nur erfolgreich gemein-

sam mit allen Parteien, mit allen Bürgerinitiativen, mit allen Bürgern aller anliegenden Gemeinden von Emmerich bis mindestens Dinslaken geführt werden. Und nur so kann nach unserer Auffassung der Finanzkollaps nicht nur für Emmerich, sondern für alle anderen betroffenen Gemeinden verhindert werden. Wer von der Verantwortung für die nächsten Generationen redet, muss hier durch konsequentes Umdenken beweisen, dass es ihm damit wirklich ernst ist.

Weitere aus unserer Sicht den Haushalt über Jahre direkt oder zumindest indirekt belastende Faktoren sind Großprojekte, die in der Bevölkerung einigermaßen umstritten sind. Hier ist in erster Linie der geplante Kostenrahmen für den Rheinpark – davon 500.000 Euro aus dem Konjunkturprogramm II sowie mehrere hunderttausend Euro aus Eigenmitteln zu nennen. Abgesehen davon, dass dieses Vorhaben in der Emmericher Bevölkerung mehr als umstritten ist, hat sich unsere Fraktion gemeinsam mit der BGE, Bündnis90/ Die Grünen sowie der FDP für eine Kostenbegrenzung auf etwa 500.000 € aus dem Konjunkturprogramm II für die Gestaltung des Rheinparks ausgesprochen.

Hier könnte die Stadt also mindestens 350.000 Euro einsparen. Dies würde den Haushalt entlasten oder Finanzmittel für andere vielleicht sinnvollere Projekte freimachen.

Eine weitere den Haushalt zumindest indirekt belastende Komponente ist die aus unserer Sicht überflüssige und risikoreiche Investition öffentlicher Gelder in die geplante „Asia – Sauna“. Selbstverständlich wissen wir, dass dieses Projekt über die EGD abgewickelt wird, wir wissen aber auch, dass sich Erfolg oder auch zu erwartender Misserfolg auf die Haushaltslage insgesamt auswirken wird. Im Übrigen sind wir der Meinung, dass sich die öffentliche Hand aus der Finanzierung solcher Vorhaben heraushalten sollte, denn diese gehören in die Hände privater Investoren und sind nicht Gegenstand öffentlicher Daseinsvorsorge wie zum Beispiel ein Schwimmbad.

Unsere Fraktion hat in den Beratungen zum Haushaltsplan in den Fachausschüssen Anfragen und Anträge zu diversen Themen in den Bereichen Soziales, Schule wie Jugendhilfe gestellt. Als sich abzeichnete, dass wir für diese Vorschläge keine Mehrheit in den jeweiligen Fachausschüssen und damit wohl auch nicht im Rat bekommen, haben wir die Anträge zurückgezogen, weil wir diese Vorschläge nicht vorschnell im Rahmen von Haushaltsberatungen sozusagen „beerdigen“ lassen wollten.

Wir kündigen bereits heute an, dass wir uns in den nächsten Jahren weiter mit den Themen Einrichtung eines Erwerbslosenzentrums in Emmerich auf der Grundlage des Leitbildes der Stadt Emmerich, kostenloses Frühstück in den Schulen, verbessertes und umfangreicheres dem Bedarf entsprechendes Angebot an Nachhilmöglichkeiten für Schüler, verbesserter und effektiverer Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zur Integration von unschuldig arbeitslos gewordenen Menschen, für die Bereitstellung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (nicht zu verwechseln mit der Erweiterung des Öffentlichen Dienstes) einsetzen werden und hoffen, in Zukunft auch die Mehrheit der Ratsmitglieder dafür gewinnen zu können.

Wie wichtig gerade das Thema Verbesserung der Bildungschancen im Rahmen von Chancengleichheit ist dürfte allen Ratsmitgliedern hinreichend bekannt sein. Hier hilft nicht mehr die nahezu reflexartige Abwehrreaktion, dass zwar im Prinzip unseren Vorschlägen zugestimmt werden könne, aber für das Thema Bildung das Land zuständig sei. Nein, wir können mit verhältnismäßig geringen Haushaltsmitteln im Bereich der sog. freiwilligen Leistungen erkannten Fehlentwicklungen entgegenwirken im Interesse unserer Bürger vor allem im Interesse unserer Kinder. Wer Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Folgekosten für unseren kommunalen Haushalt in Zukunft vermeiden will, muss heute dafür sorgen, dass wir möglichst gut ausgebildete Kinder haben, die dann auch auf dieser Grundlage eine verbesserte Chance auf einen qualifizierten Arbeitsplatz haben.

Wer vermeiden möchte, dass sog. Hartz IV Dynastien entstehen, wo sich die Arbeitslosigkeit von den Eltern auf die Kinder vererbt, muss heute präventiv bei der Bildung ansetzen. Diese Investitionen heute sind die Grundlage für zukünftige Einsparungen im Bereich sozialer Transferleistungen von morgen.

Die vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebene und im Jahr 2007 veröffentlichte Studie des "Prognose" Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass der Kreis Kleve - und Emmerich gehört ja zum Kreis Kleve - von insgesamt bundesweit 439 Kreisen im Ranking „Bildung und Ausbildung“ an Platz 439 , somit an allerletzter Stelle rangiert und damit bundesweit die „rote Laterne“ hat. Dies sollte Ansporn für uns alle sein, diesen unrühmlichen Titel loszuwerden und verstärkt auch finanzielle Anstrengungen in diesem Bereich zu unternehmen.

Alle von uns in den Fachausschüssen vorgelegten Vorschläge und Anträge be- laufen sich in der Addition für den Haushalt nicht einmal annähernd in dem Kostenbereich, den die Stadt für die Eigenmittel im Rheinpark veranschlagt hat.

Wir wecken hier keine Begehrlichkeiten – wie uns von Seiten der Mehrheitsfraktionen gelegentlich vorgehalten wurde, sondern wollen dazu beitragen, durch gezielten Einsatz von Finanzmitteln spätere Folgekosten zu vermeiden. Wir begrüßen, dass sog. freiwillige Leistungen im Wesentlichen auf der bisherigen Grundlage trotz angespannter Kassenlage erhalten werden sollen, der Gewerbesteuerersatz nicht verändert wird, die Kreisumlage stabil auf dem niedrigsten Niveau in ganz NRW gehalten werden konnte und insgesamt eine solide Haushaltspolitik auch in der Vergangenheit gemacht worden ist.

Wir müssen nach reiflicher Prüfung jedoch den vorliegenden Haushaltsplan ablehnen, weil sich uns der Eindruck aufdrängt, dass dies oftmals zu Lasten derer geht, die unserer Unterstützung am meisten bedürfen.

Es verstärkt sich der Eindruck, dass trotz angespannter Haushaltslage bei Großprojekten, die in die Millionen gehen nicht gekleckert, sondern geklotzt wird, bei verhältnismäßig kleinen Beträgen aber ständig abgelehnt wird mit Verweis auf die angespannte Haushaltslage. Hier ist also nicht wirklich die Verantwortung für den möglichst ausgeglichenen Haushalt, sondern der politische Wille entscheidend.

Aus Gründen der begrenzten Redezeit verzichten wir hier auf eine weitere Bewertung der Zahlen aus den Einzelhaushalten. Im Übrigen ist diese ja bereits in den Fachausschüssen vorgenommen worden.

Auch wenn wir dem vorliegenden Haushaltsplan aus den genannten Gründen nicht zustimmen können, werden wir in diesem wie in den folgenden Haushaltsjahren unsere konstruktive manchmal auch unbequeme Mitwirkung für eine wirtschaftlich gesunde, sozial ausgewogene und ökologisch nachhaltige Stadtpolitik – mit möglichst mehr Grün in der Stadt – zusagen."

Mitglied Urbach; Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion:

"Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß, welche große Mühe ich Ihnen auferlege, noch einen sechsten Kurzvortrag anzuhören; aber ich verspreche Ihnen, ich werde kurz und knapp, präzise und mit wenigen Beispielen unsere Vorstellungen zum Haushalt erläutern – und ich werde mit Sicherheit langsamer sprechen als mein Vorredner von der Fraktion `Die Linke` .

Herr Bürgermeister , meine Damen und Herren ,

wir haben es alle oftmals gehört und gelesen, bundesweit, regional und lokal die gesamtwirtschaftliche Krisensituation seit 2008 hinterlässt ganz natürlich auch massive Spuren in unseren kommunalen Haushalten. Die Belege sind z. T. auch schon genannt worden.

Wir, als liberale, realistische Ratsvertreter wissen aber auch und da unterscheiden wir uns zu zwei Ratsfraktionen, dass nur Jammern und Forderungen nach

mehr Geld von Bund und Land uns kurz- und wohl auch langfristig nicht weiterhelfen.

Wir müssen vor Ort, kritischer denn je, die einzelnen Produktbereiche auf Einsparungen hin abrufen und fragen, welche gemeindlichen Zuwendungen können noch gegeben werden oder nicht.

Zu dem durch die Verwaltung vorgelegten Haushalt für 2010 können wir zunächst einmal festhalten und da stimmen wir auch einzelnen Fraktionen zu:

Es gibt keine Steuererhöhungen in unserer Stadt, und es werden keine freiwilligen Leistungen in unserer Stadt gestrichen.

Gleichzeitig müssen wir aber auch feststellen:

Wir schießen aus der Rücklage 7,5 Millionen € zu, die wir in diesem Jahr Verlust machen - und so ein Zuschuss geht nur einmal – denn dann ist das Geld weg, die Rücklage fast leer - und das kann nicht gut sein, wenn man auch in Zukunft noch Geld braucht.

Bürgermeister Diks hat in seiner Einbringungsrede - zu Recht – eindringlich gesagt: „Wir alle sind aufgefordert, ernsthaft darüber nachzudenken, an welchen Stellen wie gespart werden kann, an welchen Stellen wo Einnahmen verbessert werden können.“

Wenn es schon schwer ist, unsere Einnahmen zu steigern, denn wir wollen unsere Bürger gerade in diesen Zeiten nicht noch mehr durch Steuern belasten, müssen wir aber dennoch darauf hinweisen, dass zumindest Abgaben und Gebühren einkommensneutral sein müssten.

Und so müssten die Bürger dann, auch wenn es hart ist, tatsächlich für das bezahlen, was es wirklich kostet, sei es Wasser, Abwasser oder ähnl. –und dies sieht die FDP-Fraktion ganz realistisch, auch wenn es dem Bürger wehtut.

Die FDP-Fraktion möchte in Fragen des Haushalts der „vorsichtige Kaufmann“ sein: das heißt, dieser geht von einer zurückhaltenden Schätzung der zu erwartenden Einnahmen aus.

Wir sehen im Haushalt für 2010 die vorgegebenen Zahlen auf der Einnahmeseite als problematisch an: die Auswirkungen der Wirtschaftskrise treffen Städte und Gemeinden – vermutlich – auch im Jahre 2010 und so halten wir die angestrebten Gewerbesteuererinnahmen in Höhe von 500.000,- bis zu einer Million € für zu optimistisch.

Ebenso könnte auf der Einnahmeseite die Summe der Gewinnabführung der Tochter EGD nur die Hälfte dessen sein, was veranschlagt ist, und das wären dann auch ein paar 100.000,- € weniger.

Und sollten die Einnahmen dann tatsächlich doch höher liegen, so kann man damit die angegriffene (Spar) Rücklage wieder auffüllen, das ist ja auch notwendig, wie ich schon gesagt habe, weil sie für schlechte Zeiten insgesamt zu schmal geworden ist.

Wir könnten aber auch die Einnahmeseite verbessern, indem wir z.B. Immobilien verkaufen, die uns kaum etwas bringen, sondern eher – nachhaltig – noch kosten – wie z.B. das Landhaus Vrsasselt. Da geht unser gestellter Antrag genau darauf ein.

Aber wenden wir uns nun der Ausgabenseite zu – wo können wir sparen? Und auch hier möchte ich nur kurz zwei Beispiele skizzieren:

Selbstverständlich muss für uns der Rheinpark aufgemöbelt werden. Jedoch ist die FDP-Fraktion, wie auch andere Fraktionen eben genannt, der Meinung, dass dafür eine halbe Million € ausreichend ist, und die bekommen wir noch geschenkt. Und es muss nicht unbedingt die ganze Million sein, die im Haushalt angesetzt ist.

Zweitens: Es muss unserer Meinung nach nicht im Jahre 2010 ein knapper Millionenbetrag für den Erwerb innerstädtischer Grundstücke eingesetzt werden – dazu müssten wir liquider sein – und lassen Sie mich das auch hier schon anfügen, weil es andere Fraktionen schon getan haben, für den Kauf des Kasernen-

geländes, dessen Herrichtung und anderer Folgekosten sehen wir zurzeit, die Stadt als überhaupt keinen finanziellen Spielraum ausgestattet.

Und noch ein letztes Beispiel für das Sparen, auch bei kleineren Beträgen : Vielleicht ist ja die Errichtung einer Skater-Anlage für 50.000,- € machbar und nicht für 80.000 € wie angesetzt denn es könnte gut sein, dass wir auch für das nächste Jahre auch an die kleineren Ausgaben heran müssen, was wir alle nicht hoffen wollen. Und man weiß ja auch noch nicht, was in Zukunft an weiteren Beträgen für andere Projekte in der Innenstadt notwendig ist. Ich gehe jetzt aus Zeitgründen nicht auf die geplante Sparkommission und auf mögliche Verbesserungsvorschläge ein obwohl auch mir der Gedanke doch schon gekommen ist, ob wir nicht schon in diesem Jahr für diesen Haushalt uns hätten damit etwas mehr beschäftigen können. Das werden wir aber dann in Bälde, es ist eben genannt worden, für das Jahr 2011 in Angriff nehmen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier eine Zusatzbemerkung einschleichen: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir halten es für unabdingbar und mehr als erforderlich, dass eine gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister und den Emmericher Bürgern, die hier auch wirtschaftlich erfolgreich sein wollen, stattfindet.

Sie wissen, was ich meine, hier geht es um die Kritik der Eigentümer der ehemaligen Rheinkönigin sowie des Event-Unternehmers, Frank Kühn (die Namen haben in der Zeitung gestanden).

Uns allen sollte daran gelegen sein, dass gerade auch den Einheimischen zum Wohle unserer Stadt und unserer Bürger beste Arbeits- und Unternehmensmöglichkeiten gegeben werden, denn ohne Unternehmungen können keine Arbeitsplätze und Steuern gewonnen werden. Und wir dürfen dabei auch nicht unsere auswärtigen Gäste vergessen, vor allem unsere niederländischen Touristen, die auf eine attraktive Gestaltung Emmerichs und auf Events aus sind und das sollte mit berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube ich bin wirklich in der kürzesten Zeit fertig. Ich komme zum Schluss und fasse für die FDP-Fraktion die Überlegungen zum Haushaltsplanentwurf 2010 zusammen:

Wir müssen die Erträge steigern, die Einnahmen erhöhen - deshalb wollen wir Immobilien verkaufen.

Wir müssen sparen, Ausgaben verringern -deshalb wollen wir für den Rheinpark weniger ausgeben und weitere innerstädtische Ausgaben zurückstellen .

Wir müssen aber investieren – und das tun wir in Kindergärten, Schulen und in Ausbildung - und in die Attraktivität der Stadt .

Einnahmeverbesserungen und Sparen sehen wir in diesem Haushaltsplanentwurf für 2010 nicht genug, und damit auch nicht nachhaltig genug , umgesetzt Deshalb lehnen wir den vorgelegten Haushalt für 2010 ab!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!"

Der Vorsitzende lässt nun über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat beschließt

1. die nachfolgende Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das

Haushaltsjahr 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen:

Haushaltssatzung der Stadt Emmerich am Rhein für das Haushaltsjahr 2010

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2010 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	220 v.H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	400 v.H.
2.	Gewerbsteuer auf	425 v.H.

§ 7

entfällt

§ 8

Der Kämmerer oder der für das Finanzwesen zuständige Bedienstete entscheidet über die Leistung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben. Über- und außerplanmäßige Ausgaben ab 50.000 Euro im Einzelfall bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt nach § 83 GO NRW. Kalkulatorische Kosten, Inne-Verrechnungen sowie außer- und überplanmäßige Tilgungen und Kreditumschuldungen bleiben hiervon unberührt.

Die Grenze erheblicher Abweichungen i.S. v. § 81 Abs. 2 Ziffer 1 und 2 GO NRW wird auf 2.000.000 EUR der Aufwendungen des Haushaltsjahres festgesetzt.

Die Geringfügigkeit von Investitionen i.S. v. § 81 Abs. 3 Ziffer 1 GO NRW wird auf 2.000.000 EUR der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten festgesetzt.

Über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen ab 50.000 EUR gelten gem. § 85 Abs. 1 GO NRW i.V.m. § 83 Abs. 2 GO NRW als erheblich und bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates.

§ 9

Die im Stellenplan enthaltenen Vermerke "künftig umzuwandeln" (ku) und "künftig wegfallend" (kw) werden bei Ausscheiden der bisherigen Stelleninhaber/innen aus diesen Stellen wirksam.

2. den Stellenplan 2010

Stimmen dafür 21 Stimmen dagegen 13 Enthaltungen 0 0

12. Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen

„11. Emmericher Autoshow/Frühlings- und Ostermarkt	am 28.03.2010
„Stadtfest mit 8. Emmericher Musiknacht“	am 05.09.2010
„Herbstmarkt“	am 31.10.2010

**„verkaufsoffener Adventssonntag“
Vorlage: 06 - 15 0100/2010**

am 12.12.2010

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, nach Vorlage zu beschließen, abstimmen

Der Rat beschließt die vorliegende ordnungsbehördliche Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der vorgenannten Veranstaltungen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

Stimmen dafür 34 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

Anträge an den Rat

**13. Prüfauftrag
Vorlage: 04 - 15 0117/2010**

Mitglied Gertsen stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Verweisung an den Schulausschuss.

Stimmen dafür 34 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0 0

**14. Sicherheit, Ordnung, Sauberkeit (SOS)
Vorlage: 06 - 15 0132/2010**

Mitglied Beckschaefer stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Verweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Stimmen dafür 34 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0 0

**14.1. Antrag auf Verkauf des Grundstücks Altes Landhaus
Vorlage: 03 - 15 0138/2010**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Verweisung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Stimmen dafür 34 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

14.2. Luitgardis-Hauptschule
Vorlage: 04 - 15 0137/2010

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Verweisung an den Schulausschuss.

Stimmen dafür 34 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0 0

14.3. Sachstand Betuwe
Vorlage: 05 - 15 0136/2010

Der Rat nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- Zu 1. Die einzige erfolgversprechende Vorgehensweise zum jetzigen Zeitpunkt besteht darin, dass die Politik im Vorfeld des Planfeststellungsverfahrens und noch möglichst vor der Landtagswahl in NRW Forderungen aufstellt, die die Realisierung des Vorhabens erträglicher gestalten und der minimalistischen Bahnpolitik mehr als nur die Einhaltung von Mindeststandards abtrotzen.
- Zu 2. Innerhalb des Rates der Stadt Emmerich am Rhein und der Bürgerinitiative ‚Betuwe – soo nicht‘ gibt es über die sog. ‚Arbeitsgruppe Betuwe‘ einen engen Informations-austausch wie auch eine koordinierte Abstimmung in der Vorgehensweise. Weitere Bürgerinitiativen können ihren Sachverstand mit einbringen, sofern sie an einem offenen, breitenwirksamen Austausch von Informationen interessiert sind und mit uns gemeinsam dasselbe Ziel verfolgen.
- Zu 3. Der zeitliche Ablauf des Planfeststellungsverfahrens, unterteilt in 12 Planfeststellungsabschnitte, wird von der DB-AG initiiert und gelenkt. Da die Stadt nicht selbst Träger des Verfahrens ist, gibt es auch keine Handhabe auf Seiten der Kommunen.
- Zu 4. Die Städte und Gemeinden haben nur im Rahmen ihrer Beteiligung im Planfeststellungsverfahren die Möglichkeit, hier ihre Einwendungen vorzubringen. Dabei stehen den Kommunen deutlich weniger Rechtsmöglichkeiten zur Verfügung als dem einzelnen Bürger an der Strecke.

(siehe Gutachten Ennuschat)

- Zu 5. Die Beschlusslage im Rat der Stadt Emmerich am Rhein sieht den Ausbau der Bestandsstrecke um ein drittes Gleis inklusive Lärmschutz vor. Diese Haltung wird von allen Städten und Gemeinden entlang der Strecke bis Oberhausen geteilt.

15. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen liegen nicht vor.

Anfragen

1. Bäume am ehem. NOWA-Gelände;
hier: Anfrage von Mitglied Sickelmann

Auf entsprechende Anfrage teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass die Verwaltung sich die Bäume vor Ort angeschaut hat. Die betroffenen Bäume gehören dem Landesbetrieb Straßenbau. In Kürze wird ein Vertreter des Landesbetriebes, der ggfs. die zivilrechtlichen Ansprüche geltend machen wird, stattfinden. Die Verwaltung wird ggfs. öffentlich-rechtlich gegen die Verantwortlichen vorgehen.

Abschließend wird in der ASE-Sitzung berichtet.

16. Einwohnerfragestunde

1. Beschluss des Petitionsausschusses;
hier: Anfrage von Herrn Roßmüller

Herr Roßmüller fragt nach den Beschlüssen des Petitionsausschusses vom 27.01., 07.07. und 01.09. Weiterhin fragt er nach, wann das Anwesen van Holt in den Bestandsschutz übergegangen ist.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt auf die Frage von Herrn Roßmüller mit, dass jeder Petent vom Petitionsausschusses eine Antwort bekommt.

2. Betuw-Linie;
hier: Anfrage von Herrn Jansen

Herr Jansen fragt nach den Kosten, die auf die Stadt Emmerich für eine siedlungsferne Trasse zukommen.

Der Vorsitzende erklärt hierzu, dass die genauen Kosten für eine siedlungsferne Trasse jetzt nicht beziffert werden können. Es sind Beschlüsse vom Rat der Stadt Emmerich sowie anderen Kommunen entlang der Linie gefasst worden, die akzeptiert werden sollten. Vielmehr sollten jetzt die Problemstellungen abgearbeitet

werden die noch vorliegen wie, z. B. Kosten, Lärmschutz usw.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.58 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 30. November 2010

Johannes Diks
Vorsitzender

Marita Evers
Schriftführer/in